

## Betreff Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst 2022 - 2026

Dezernat/e II/53

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

### Erforderliche Stellungnahmen

- |  |   |
|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung | <input type="checkbox"/> Rechtsamt                |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kämmerei   | <input type="checkbox"/> Umweltamt: Umweltprüfung |
| <input checked="" type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGIG                          | <input type="checkbox"/> Straßenverkehrsbehörde   |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGO                                      |   |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges   |   |

### Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) DL-Nr.

- |                 |   |                                    |
|-----------------|---|------------------------------------|
| Kommission      | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ausländerbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Kulturbeirat    | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ortsbeirat      | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Seniorenbeirat  | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |

Magistrat Eingangsstempel  
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A      Tagesordnung B

**Umdruck nur für Magistratsmitglieder**

Stadtverordnetenversammlung  nicht erforderlich      erforderlich

öffentlich      nicht öffentlich

**wird im Internet / PIWi veröffentlicht**

#### Anlagen öffentlich

1. Förderaufruf ÖGD-Pakt: Personalaufbau 2022
2. Personalaufbau - Mittelverteilung 2022 - 2026
3. Pakt für den ÖGD (Bundesministerium für Gesundheit)
4. Erster Bericht - Beirat Pakt ÖGD

#### Anlagen nichtöffentlich

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind

- keine finanziellen Auswirkungen verbunden  
 finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

## I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf  
 abs.: -2.176.545,44 €  
 in %: -4,4 %

## II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung Budget verfügte Ausgaben (Ist)  
 abs.:  
 in %:

## III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  budgettechnische Umsetzung

Typ	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten	...davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperr, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)
CO	2022	Personalkosten	1.019.692 €	1.019.692 €	1.019.692 €	Verschiedene
CO	2023	Personalkosten	1.462.136 €	1.462.136 €	1.462.136 €	Verschiedene
CO	2024	Personalkosten	1.761.084 €	1.761.084 €	1.761.084 €	Verschiedene
CO	2025	Personalkosten	2.056.046 €	2.056.046 €	2.056.046 €	Verschiedene
CO	2026	Personalkosten	2.224.175 €	2.224.175 €	2.224.175 €	Verschiedene
<b>Summe einmalige Kosten:</b>			8.523.133 €	8.523.133 €	8.523.133 €	
CO	2027 ff.	Personalkosten	2.224.175 €	2.224.175 €	2.224.175 €	Verschiedene
<b>Summe Folgekosten:</b>			2.224.175 €	2.224.175 €	2.224.175 €	

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 750 Zeichen)

Sämtlich entstehende Personalkosten sind für die Jahre 2022 bis 2026 durch Finanzmittel im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) auf Antrag beim Land Hessen durch den Bund gegenfinanziert.

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Bund und Länder haben in der Corona-Krise festgestellt, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst personell aufgestockt, modernisiert und digitalisiert werden muss. Vor diesem Hintergrund haben sich die Gesundheitsminister/innen der Länder auf einen Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst geeinigt.

Dieser hat das Ziel, den ÖGD in seiner ganzen Aufgabenvielfalt zu stärken und zu modernisieren. In diesem Pakt stellt der Bund 4 Milliarden Euro für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen zur Verfügung. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erhält aus diesen Paktmitteln zum Aufbau der personellen Ausstattung für die Jahre 2022 bis 2026 rund 8,5 Mio. €. Mit dieser Vorlage soll dem Ziel des Paktes für den ÖGD Rechnung getragen und die Voraussetzung geschaffen werden, das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden personell so auszustatten, dass es als moderner Gesundheitsdienstleister für die Wiesbadener Bevölkerung zur Verfügung steht und besser auf künftige Pandemien und Notlagen vorbereitet ist.

## C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1 die Länder in einem ersten Schritt dafür Sorge getragen haben, dass im Zeitraum vom 1. Februar 2020 bis zum 31. Dezember 2021 mindestens 1.500 neue, unbefristete Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente) für Ärztinnen und Ärzte, weiteres Fachpersonal sowie Verwaltungspersonal in den Behörden des Öffentlichen Gesundheitsdienstes geschaffen und besetzt werden. Hierunter fallen die mit StvV-Beschluss Nr. 0156 vom 2. Juli 2020 im Rahmen der Pandemiebekämpfung neu geschaffenen 22 Stellen, wovon 19 aktuell besetzt sind und 3 weitere sich gerade in Vorbereitung zur Ausschreibung befinden. In einem weiteren Schritt werden bis Ende 2022 mindestens weitere 3.500 Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente) geschaffen. Hierunter fallen die mit dieser Sitzungsvorlage beantragten 29,5 Stellen zur Stärkung sämtlicher Bereiche des Öffentlichen Gesundheitsdienstes außerhalb der Pandemiebekämpfung. Bei der Durchführung des Paktes wird fortlaufend darauf geachtet, dass Überschneidungen und Doppelstrukturen vermieden sowie ggf. sinnvolle Einsparungen aus Effizienzgründen ÖGD-Pakt-konform realisiert werden;
  - 1.2 die in der Sitzungsvorlage beantragten Planstellen aufgrund des im Gesundheitsamt ermittelten Bedarfes, insbesondere bei auftretenden Krisen, ab dem Haushalt 2022 dauerhaft geschaffen werden sollen. Die vorgeschlagenen Stellenwerte sind angenommen, vorbehaltlich der noch zu fertigenden Stellenbeschreibungen und endgültigen Stellenbewertungen, und dienen als Grundlage für die Ermittlung des finanziellen Bedarfs;
  - 1.3 die Fördermittel des „Paktes für den ÖGD“ zum Aufbau der personellen Ausstattung der Gesundheitsämter erst nach Beschluss zur Schaffung der Stellen zur Verfügung stehen. Die Planstellen müssen zur Prüfung der Fördermittel aus dem Pakt ÖGD bis zum 1. September 2022 beim HMSI beantragt werden;
  - 1.4 sich Bund und Länder darüber einig sind, dass die Finanzierung des Personalaufwuchses nachhaltig und dauerhaft sein muss und über das Jahr 2026 hinaus verstetigt werden soll. Bund und Länder werden ab Mitte 2023 fortführende Beratungen aufnehmen. Bei fehlender oder nur teilweiser Gegenfinanzierung durch den Bund oder das Land Hessen müssen die Stellen ab dem Jahr 2027 durch den Haushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden finanziert werden;

- 1.5 insgesamt ein Personalaufwuchs für die Jahre 2022 bis 2026 von 29,5 Planstellen und einer Gesamtförderung bis 2026 i. H. v. 8.523.133 € vorgesehen ist;
- 1.6 die ermittelten Personal- und Sachkosten auf Basis der Leitlinie Personalkosten 2021 kalkuliert worden sind und - abhängig von der jeweiligen tarifrechtlichen Bewertung - von der Kalkulation abweichen können.
2. Es wird beschlossen, dass
- 2.1 bei Abteilung 5301 Verwaltung, Bußgelder und Qualitätsmanagement, Kostenstelle 1100069, eine VZÄ-Stelle Sachbearbeitung Personalbetreuung (E 9), eine VZÄ-Stelle Sachbearbeitung Umsetzung Digitalisierungsstrategie (E 11) und eine VZÄ-Stelle Prozess- und Organisationsmanagement (E 11) dauerhaft geschaffen werden;
- 2.2 bei Abteilung 5302 Infektionshygienischer Dienst, Kostenstelle 1300168, im Sachgebiet 530210 Hygiene, Kostenstelle 1100068, eine VZÄ-Stelle Verwaltungssachbearbeitung (E 6) zur Bearbeitung der anfallenden Verwaltungsvorgänge, eine VZÄ-Stelle Gesundheitsaufseher (E 9) zur Steigerung der Vor-Ort-Kontrollen sowie eine VZÄ-Stelle Gesundheitsingenieur (E 11) zur quantitativen und qualitativen Steigerung der Hygienebegehungen dauerhaft geschaffen werden;
- 2.3 bei Abteilung 5302 Infektionshygienischer Dienst, Kostenstelle 1300168, im Sachgebiet 530220 Trinkwasserüberwachung eine VZÄ-Stelle Trinkwassersachbearbeitung (E 9) zur Bearbeitung der anfallenden Verwaltungsvorgänge und eine VZÄ-Stelle Gesundheitsingenieur (E 11) zur Umsetzung von z. B. klimarelevanten Themen (Hitzeaktionsplan) sowie der quantitativen und qualitativen Steigerung der Trinkwasserüberwachungseinrichtungen in Verbindung mit der Umsetzung der neuen Trinkwasserverordnung dauerhaft geschaffen werden;
- 2.4 bei Abteilung 5302 Infektionshygienischer Dienst, Kostenstelle 1300168, im Sachgebiet 530230 Infektionsschutz zwei VZÄ-Stellen (E 9) zur Sachbearbeitung infektiologischer Sachverhalte, Ausbau der Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten, Überwachung von Antibiotikaresistenzen sowie Umsetzung des Masernschutzgesetzes dauerhaft geschaffen werden;
- 2.5 bei Abteilung 5303 Kinder-, Jugend-, und Zahnärztlicher Dienst, Kostenstelle 1300164, im Sachgebiet 530310 1,5 VZÄ-Stellen Arzt/Facharzt (E 14) zur organisatorischen und inhaltlichen Neuausrichtung innerhalb der Abteilung durch pandemiebedingt gestiegener Förder- und Beratungsbedarfe dauerhaft geschaffen werden. Damit einhergehend sind die Stellen zur quantitativen und qualitativen Steigerung der Untersuchungen von Kindern und Jugendlichen vorgesehen (z. B. Schuleingangsuntersuchungen);
- 2.6 bei Abteilung 5303 Kinder-, Jugend-, und Zahnärztlicher Dienst, Kostenstelle 1300164, im Sachgebiet 530310 zwei VZÄ-Stellen zur Verwaltungssachbearbeitung (E 8) und Steuerung der Untersuchungsabläufe sowie Durchführen von nicht-ärztlichen Beratungs- und Untersuchungstätigkeiten dauerhaft geschaffen werden;
- 2.7 bei Abteilung 5303 Kinder-, Jugend-, und Zahnärztlicher Dienst, Kostenstelle 1300164, im Sachgebiet 530320 eine VZÄ-Stelle (E 11) als Sachgebietsleitung zur organisatorischen und inhaltlichen Neuausrichtung des Sachgebietes sowie eine VZÄ-Stelle Sachbearbeitung Frühe Hilfen (E 9) in Bezug auf den erhöhten Bedarf im Bereich Sozialpädiatrie/sozialpädiatrische Prävention, Ausbau Angebot im Bereich der Frühen Hilfen, frühkindliche Prävention, Etablierung von Angeboten aufgrund gestiegener psychischer Belastungen (Kinder/Jugendliche, Kinder psychisch kranker Eltern) und Betreuung chronisch kranker Kinder (Long-Covid, etc.) dauerhaft geschaffen werden;

- 2.8 bei Abteilung 5304 Sozialpsychiatrischer Dienst, Kostenstelle 1300167, eine VZÄ-Stelle sozialpsychiatrische Sachbearbeitung (S 17) zur Umsetzung des Hess. PsychKHG dauerhaft geschaffen wird. Des Weiteren werden zur quantitativen und qualitativen Steigerung der Gutachtenbearbeitung und des Verwaltungsaufwandes eine VZÄ-Stelle Facharzt (E 14) und eine VZÄ-Stelle (E 8) Verwaltungssachbearbeitung dauerhaft geschaffen;
- 2.9 bei Abteilung 5305 Amtsärztlicher Dienst, Kostenstelle 1300163, eine VZÄ-Stelle Verwaltungssachbearbeitung (E 8) zur quantitativen und qualitativen Steigerung der Verwaltungsvorgänge dauerhaft geschaffen wird;
- 2.10 bei Abteilung 5306 Gesundheitliche Gefahrenabwehr, Kostenstelle 1300362, eine vorhandene VZÄ-Stelle (Planstelle Nr. 16.695) Facharzt als ärztliche Leitung Impfen (E 15) verwendet wird. Darüber hinaus werden eine VZÄ-Stelle Verwaltungssachbearbeitung mit medizinischem Hintergrund als Sachgebietsleitung Impfen (E 12) sowie vier VZÄ-Stellen als Verwaltungssachbearbeitung mit medizinischem Hintergrund (E 8) zur dauerhaften Sicherstellung eines niedrighwelligen Impfangebotes bei der Landeshauptstadt Wiesbaden dauerhaft geschaffen;
- 2.11 bei 530001 Gesundheitsförderung, Kostenstelle 1100069, wird eine VZÄ-Stelle als Sachbearbeitung (E 11) dauerhaft geschaffen, um die personellen Kapazitäten der Abteilung „Kommunale Gesundheitsförderung und Öffentlichkeitsarbeit“ frühzeitig aufzustocken, um Informationsketten und eine angemessene Risikokommunikation sicherzustellen;
- 2.12 bei 530001 Gesundheitsförderung, Kostenstelle 1100069, zum Aufbau eines Gesundheitstelefon eine VZÄ-Stelle als Leitungsfunktion (E 9) und drei VZÄ-Stellen (E 6) Telefonsachbearbeitung geschaffen werden;
- 2.13 der Magistrat/Dez. I/15 in Verbindung mit Dez. II/53 die Stellen im Stellenplan des nächsten Doppelhaushaltes aufnimmt und vor der Besetzung der Stellen eine Bewertung der von Dez. II/53 vorzulegenden Stellenbeschreibungen vornimmt;
- 2.14 die haushaltstechnische Umsetzung durch den Magistrat/Dez. III/20 in Verbindung mit Dez. II/53 sichergestellt wird. Der Magistrat/Dez. II/53 wird beauftragt, die Anträge zur Finanzierung der Personalstellen rechtzeitig und vollständig bei der zuständigen Stelle einzureichen;
- 2.15 die Personal- und Sachkosten zum Haushalt 2027 durch den Magistrat/Dez. II/53 angemeldet werden und eine Finanzierung durch den Verwaltungshaushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden sichergestellt wird, sofern keine oder nur eine teilweise Gegenfinanzierung der Stellen ab dem 1. Januar 2027 durch das Land Hessen oder den Bund erfolgt.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

#### 1. 5301 Verwaltung, Bußgelder und Qualitätsmanagement

Im Jahr 2020 sind die Abteilung Gesundheitliche Gefahrenabwehr und bei der Abteilung Zentrale Dienste das Sachgebiet Bußgeldstelle neu geschaffen und in diesem Zusammenhang 22 zusätzliche Stellen angemeldet und genehmigt worden. Weiterer Personalaufwuchs zur Durchführung der gesetzlichen Aufgaben des Gesundheitsamtes ist notwendig (siehe aktuelle Vorlage). Um die zukünftige Personalbeschaffung abzuwickeln und die damit einhergehende Personalbetreuung sicherzustellen, ist eine weitere Sachbearbeiterstelle im Verwaltungsbereich notwendig. Derzeit verfügt das Gesundheitsamt über insgesamt 96 Stellen und zusätzlich 11 Zeitverträge (Mobiles Impfen). Unbesetzte Planstellen befinden sich in der Beschaffung. Zeitintensiv ist die Gewinnung von medizinischen Facharbeitskräften (z. B. Ärztinnen und Ärzte). Der geplante Personalaufwuchs aufgrund dieser Vorlage beträgt weitere 29,5 Stellen.

Für die Entwicklung der zukünftigen Digitalisierungsstrategie „Gesundheitsamt 2025“ müssen u. a. die bestehenden Prozesse entlang der fest definierten Reifegrade analysiert, dokumentiert und bewertet werden. Maßnahmen sollen abgeleitet, gesteuert und kontinuierlich verbessert werden. Die Themen Datenschutz und IT-Sicherheit werden ihren Anteil haben. Die Koordination mit Amt 15 ist gewährleistet. Die mittelfristige Umsetzung der Projekte zum Onlinezugangsgesetz, zur Entwicklung einer gemeinsamen Software für den ÖGD in Hessen durch das HMSI, Beantragung und Abrechnung von Fördermaßnahmen des Bundes zur Digitalisierung, die Schaffung der Telematikinfrastruktur, die Umsetzung der e-Akte, Konzepte zur Bürgerzentrierung und die Maßnahmen zur rechtssicheren Zustellung von Dokumenten sind beispielhafte Projekte des Gesundheitsamtes, welche durch die Abteilung „Zentrale Dienste“ begleitet werden sollen.

Um diese zusätzlichen Aufgaben in der Abteilung 5301 Verwaltung, Bußgelder und Qualitätsmanagement dauerhaft sicherzustellen, sollen eine VZÄ-Stelle Sachbearbeitung Personalbetreuung (E 9), eine VZÄ-Stelle Sachbearbeitung Umsetzung Digitalisierungsstrategie (E 11) und eine VZÄ-Stelle Prozess- und Organisationsmanagement (E 11) dauerhaft geschaffen werden.

#### 2. 5302 Infektionsschutz

Bereits jetzt kann den gesetzlichen Pflichtaufgaben aufgrund der personellen Auslastung im Sachgebiet 530210 Hygiene trotz Aufgaben- und Prozessoptimierung nicht in vollem Umfang oder fristgerecht nachgekommen werden. Gestiegene Hygieneanforderungen und die notwendigen Anpassungen an die Überwachungsstrategie erfordern eine personelle Aufstockung. Aufgabenschwerpunkte sind die infektionshygienische Überwachung med. Einrichtungen, Gewerbeeinrichtungen, Gemeinschaftseinrichtungen und Einrichtungen für Säuglinge, Kinder oder Jugendliche. Darüber hinaus werden Begutachtungen bei der Wohnungshygiene, Stellungnahmen zu Bauanträgen aus hygienischer Sicht und die Beurteilung von Hygienekonzepten u.a. für Veranstaltungen unter Berücksichtigung geltender Verordnungslagen vorgenommen.

Um diese Aufgaben dauerhaft sicherzustellen, sollen bei Abteilung 5302 Infektionshygienischer Dienst im Sachgebiet 530210 Hygiene eine VZÄ-Stelle Verwaltungssachbearbeitung (E 6) zur Bearbeitung der anfallenden Verwaltungsvorgänge, eine VZÄ-Stelle Gesundheitsaufseher (E 9) zur Steigerung der Vor-Ort-Kontrollen sowie eine VZÄ-Stelle Gesundheitsingenieur (E 11) zur quantitativen und qualitativen Steigerung der Hygienebegehungen dauerhaft geschaffen werden.

Im Sachgebiet 530220 Trinkwasserüberwachung werden neue gesetzliche Pflichtaufgaben zu den bereits bestehenden Pflichtaufgaben zu erfüllen sein - wie z. B. der umweltbezogene Gesundheitsschutz. Insbesondere ist hier die Beobachtung und Bewertung von Einwirkungen der Umwelt und des Klimas auf die menschliche Gesundheit zu nennen. Die Gesundheitsämter sollen die Bevölkerung und Behörden in Fragen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes informieren und beraten. Stellungnahmen zu den Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit bei Planungsvorhaben, Genehmigungsverfahren, Baumaßnahmen und sonstigen Maßnahmen, welche die gesundheitlichen Belange der Bevölkerung wesentlich berühren, sind Bestandteil dessen.

Hinzugekommen sind Aufgaben im Bereich der Trinkwasserüberwachung aufgrund der noch ausstehenden Novellierung der Trinkwasserverordnung. Insbesondere ist hier zu nennen:

- Risikobewertung und Risikomanagement für die gesamte Trinkwasser-Versorgungskette
- Beurteilung und Genehmigung einer risikobasierten Probenahmeplanung
- Einführen verschärfter Grenzwerte für die Parameter Blei, Arsen und Chrom
- Erhöhung und Erweiterung des Überwachungsaufwandes speziell für ältere Hausinstallationen
- Einführung der neuen Untersuchungsparameter PFAS (per- u. polyfluorierte Chemikalien) und Microcystin-LR (Blaualgtoxine), hierdurch weitergehender Überwachungsansatz für Wassergewinnungsanlagen
- Verbesserung der Verfügbarkeit von Trinkwasser im öffentlichen Raum

#### **Kurzfristige Aufgaben:**

Entwicklung und Koordination von verhaltenspräventiven Maßnahmen zur Reduzierung von gesundheitlichen Gefahren durch Hitzebelastungen, Optimieren des Hitzewarnsystems mit Einbindung von Multiplikatoren und Berücksichtigung der spezifischen/vulnerablen Zielgruppen sowie Aufbau von Kommunikationsstrukturen.

#### **Mittelfristige und langfristige Aufgaben:**

Die Erstellung eines Hitzeaktionsplans, um zum einen die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels, insbesondere von extremer Hitze, zu kommunizieren und zum anderen präventive Handlungsmöglichkeiten und Maßnahmen zu etablieren.

Die Entwicklung von Maßnahmen bei der Stadtplanung und dem Bauwesen zur Prävention von gesundheitsschädlichen Hitzeauswirkungen.

Die Mitwirkung in einer Facharbeitsgruppe zum Themenbereich Umwelt und Gesundheit im Klimaschutz-Management-System der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Um die vorgenannten Aufgaben dauerhaft sicherzustellen, sollen bei Abteilung 5302 Infektionshygienischer Dienst im Sachgebiet 530220 Trinkwasserüberwachung eine VZÄ-Stelle Trinkwasser-sachbearbeitung (E 9) zur Bearbeitung der anfallenden Verwaltungsvorgänge und eine VZÄ-Stellen Gesundheitsingenieur (E 11) geschaffen werden.

Gerade die vergangenen zwei Jahre haben die Bedeutung des Sachgebietes 530230 Hygiene deutlich gemacht. Die Aufgabenschwerpunkte liegen in der Ermittlung von Infektionskrankheiten und der TBC-Überwachung, der Medizinaufsicht über Berufe im Gesundheitswesen sowie Beratung zur HIV-Infektion, AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten inklusive der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes und der Umsetzung des neuen Infektionsschutz- und Masernschutzgesetzes. Ständig wechselnde Rahmenbedingungen wie z. B. die Corona-Pandemie, aber auch die aktuelle Flüchtlingskrise zeigen die Wichtigkeit des Sachgebietes in Bezug auf den Schutz der Bevölkerung vor dem Ausbreiten von Infektionskrankheiten. Weitere Themen wie z. B. multiresistente Erreger/Überwachung der Antibiotikaresistenz, welche die regelmäßige Überwachung sowie freiwillige Prüfungen erfordert sowie ein verbessertes Monitoring/Surveillance im Stadtgebiet - auch in Zusammenarbeit mit Veterinärbehörden - kann mit der aktuellen Personalausstattung nicht gewährleistet werden.

Die Wiederaufnahme von Sprechstunden für sexuell übertragbare Krankheiten in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern oder perspektivisch die Einführung einer Tuberkulose-Ambulanz sowie die Qualitätssteigerung in Bezug auf Ermittlung und Meldung von Infektionserkrankungen oder „one Health“ sind weitere Handlungsfelder, für die aktuell nicht ausreichend Personal zur Verfügung steht.

Um die vorgenannten Aufgaben zukünftig sicherstellen zu können, sollen beim Sachgebiet zwei VZÄ-Stellen (E 9) zur Sachbearbeitung infektiologischer Sachverhalte, Ausbau der Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten, Überwachung von Antibiotikaresistenzen und Umsetzung des Masernschutzgesetzes dauerhaft geschaffen werden.

### **3. 5303 Kinder-, Jugend- und Zahnärztlicher Dienst**

Einem verminderten bzw. ausgeschöpften Angebot an Förder- und Beratungsmöglichkeiten im Bereich der frühkindlichen Präventionsarbeit im Stadtgebiet stehen erhöhte Bedarfe ebensolcher entgegen. Beispielhaft hierfür sind verminderte Präsenzzeiten in Betreuungseinrichtungen, verringerte Sprachförderung, erhöhter Medienkonsum, Fehlernährung und Bewegungsmangel zu nennen. Damit einhergehend sind Zeitaufwand und damit Personalbedarf bei den bereits etablierten Kernaufgaben der Abteilung (Schuleingangsuntersuchungen - vermehrte Entwicklungsauffälligkeiten; Seiteneinsteigendenuntersuchungen, Asylgutachten - Ukraine Konflikt; anlassbezogene schulärztliche Beratungen - Schulfehlzeiten) gestiegen. Eine zusätzliche Verschärfung der Situation ist durch erhöhte Migrationsbewegung auszumachen. Entsprechend wird der Personalbedarf analog zur Flüchtlingskrise 2015/16 kalkuliert und entsprechend geplant. Um die Umsetzung der Projekte zum Onlinezugangsgesetz und zur Entwicklung der gemeinsamen Software für den Kinder-, Jugend- und Zahnärztlichen Dienst zu gewährleisten und die Präventionsarbeit im Bereich des Kinder- und Jugendgesundheitschutzes zukunftsfähig zu gestalten, wird ebenfalls zusätzliches Personal zur Verwaltungssachbearbeitung benötigt.

Zur Umsetzung der vorgenannten Aufgaben und nicht zuletzt durch die Pandemie ist eine inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung der Abteilung erforderlich. Hierfür sollen bei dem Sachgebiet 530310 1,5 VZÄ-Arztstellen (einhergehend mit der Sachgebietsleitung) sowie 2 VZÄ-Stellen für Verwaltungssachbearbeitung mit medizinischem Hintergrund dauerhaft geschaffen werden.

Das Sachgebiet 530320 Sozialpädiatrie umfasst derzeit sowohl die Arbeit im Bereich der Frühen Hilfen als auch sozialpädiatrische Beratungsangebote (Förderschulberatungen) und gutachterliche Tätigkeiten (Begutachtungen nach Sozialgesetzgebung). Die Corona-Pandemie hat in ihrer „Brennglaswirkung“ die bereits zuvor bestehenden Bedarfe deutlich werden lassen und zum Teil stark verschärft. Insbesondere die sozial benachteiligten und schwächsten Glieder der Gesellschaft (Kinder, Menschen mit besonderen Bedarfen) haben unter den Folgen der Pandemie zu leiden.

Um Netzwerkarbeit und Kooperationen „wiederzubeleben“, Förder- und Beratungsbedarfe qualitativ und quantitativ der neuen Situation anpassen zu können, Angebote in den Bereichen der frühkindlichen Prävention zu eruieren und zu etablieren, soll das Sachgebiet neu aufgestellt werden.

Zusätzlich sollen präventive Angebote etabliert werden, die die gestiegenen psychischen Belastungen im Kinder- und Jugendalter in den Blick nehmen (pandemiebedingte schulische und familiäre Belastungen, Essstörungen, Kinder psychisch kranker Eltern, Long-Covid). Hierzu kann das Gesundheitsamt eine zentrale, koordinierende Stellung einnehmen. Die bereits bestehenden Angebote im Bereich der Frühen Hilfen sollen aufgrund des gestiegenen Bedarfs ausgebaut werden. Um die beschriebenen Aufgaben bewältigen zu können, soll eine VZÄ-Stelle geschaffen werden, die die gleichzeitig derzeit in Personalunion durch die Abteilungsleitung wahrgenommene Sachgebietsleitung übernimmt, und 1 VZÄ-Stelle Sachbearbeitung (z. B. Hebamme) Frühe Hilfen geschaffen werden.

#### **4. 5304 Sozialpsychiatrischer Dienst**

Nach der Novellierung des Hess. PsychKHG, welches am 24. Dezember 2021 in Kraft getreten ist, ist in jedem SpDi eine Stelle zur Psychiatrie-Koordination einzurichten. Zusätzliche Aufgaben für den SpDi durch Gesetzes-Novelle sind die selbständige Einrichtung und Koordination aufsuchender Krisenhilfen, Dokumentation von Zwangsunterbringungen für das Ministerium, Verwendungsnachweis über die Geldmittel vom Land, Integration von Psychiatrie-Erfahrenen in die Arbeit des SpDi, regelmäßige Organisation von Zusammenkünften aller Beteiligten von Zwangsunterbringungen in der Kommune, Pressearbeit, Edition aktueller Flyer zu den Einrichtungen der Gemeindepsychiatrie in der Kommune, Organisation von Bürger-Fortbildungen und Statistik. Hierfür wird eine VZÄ-Stelle mit der Qualifikation eines Sozialarbeiters (S 17) benötigt.

Des Weiteren werden zur quantitativen und qualitativen Steigerung der Gutachtenbearbeitung und des Verwaltungsaufwandes eine VZÄ-Stelle Facharzt (E 14) und eine VZÄ-Stelle (E 8) Verwaltungssachbearbeitung benötigt.

#### **5. 5305 Amtsärztlicher Dienst**

Eine VZÄ-Stelle einer Sachbearbeitung mit dem angestrebten Stellenwert E 8 soll zur quantitativen und qualitativen Steigerung der Verwaltungsvorgänge geschaffen werden.

#### **6. 5306 Gesundheitliche Gefahrenabwehr**

Neben dem ambulanten und stationären Sektor hat sich der Öffentliche Gesundheitsdienst als dritte tragende Säule des Gesundheitswesens im Bereich des Infektions- und Katastrophenschutzes etabliert. Im Gegensatz zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung in Krankenhäusern oder ambulanten Praxen mit individualmedizinischem Schwerpunkt spielen hier im Öffentlichen Gesundheitsdienst auch bevölkerungsbezogene präventive Maßnahmen eine bedeutende Rolle.

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung und den Einfluss des ÖGD auf die Gesundheit der Bevölkerung verdeutlicht. Neben tragenden Funktionen im Ausbruchmanagement und Meldewesen mit rascher Einleitung von Schutz- und Folgemaßnahmen konnte der ÖGD, vertreten durch das Gesundheitsamt vor Ort, als Schnittstelle gerade auch zum ambulanten Sektor drohende Versorgungslücken im Bereich der Koordination, Beratung und Durchführung von Schutzimpfungen subsidiär schließen.

Die aktuelle COVID-19 Pandemie zeigt eindrücklich, welche Bedeutung dem Thema Impfen im Rahmen von präventiven Gesundheitsmaßnahmen in der heutigen Zeit beikommt. Hierbei liegt neben dem eigentlichen Impfangebot der Schwerpunkt auf einer niederschweligen Beratung und Aufklärung für alle Bürgerinnen und Bürger, um, dem Subsidiaritätsprinzip folgend, Angebote in anderenfalls ausgeschlossenen Bereichen schaffen und Impfplücken rasch und effektiv schließen zu können.

Aufgrund dieser Erfahrungen insbesondere der letzten Jahre und in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen ist die Gründung einer Organisationseinheit für ein dauerhaftes Beratungs- und Impfangebot von entscheidender Bedeutung. Dieses Angebot sollte eine enge Verknüpfung mit weiteren Aspekten der Prävention, der Gesundheitsförderung und des Gesundheitsschutzes erfahren. Diese sollte insbesondere subsidiär und sozialkompensatorisch auf Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sein, für die kein oder nur ein erschwerter Zugang zur gesundheitlichen Regelversorgung gegeben ist. Nur durch einen prospektiv und effizient strukturierten Öffentlichen Gesundheitsdienst ist das Gesundheitssystem insgesamt gegen rekurrierende Pandemien mit häufig exponentieller Dynamik und gegen zusätzliche geopolitische Veränderungen, wie etwaigen Flüchtlingskrisen, gewappnet, um diese rasch und effizient bewältigen zu können.

Um die vorgenannten Aufgaben bewältigen zu können, wird eine vorhandene VZÄ-Stelle Facharzt (Planstelle Nr. 16.695) als ärztliche Leitung Impfen (E 15) verwendet.

Darüber hinaus sollen eine VZÄ-Stelle Verwaltungssachbearbeitung (E 8) mit medizinischem Hintergrund als Sachgebietsleitung Impfen (E 12) sowie vier VZÄ-Stellen als Verwaltungssachbearbeitung mit medizinischem Hintergrund (E 8) zur dauerhaften Sicherstellung eines niedrigschwelligen Impfangebotes bei der Landeshauptstadt Wiesbaden dauerhaft geschaffen werden.

## **7. 530001 Gesundheitsförderung**

Die Stabstelle trägt dazu bei, die Gesundheit der Menschen zu stärken, zu fördern und Wiesbaden als Gesundheitsstandort attraktiver zu machen. Die Aufgaben und Handlungsfelder werden stetig umfangreicher und größer. Hierauf nahm jüngst auch die Corona-Pandemie großen Einfluss. Es wurde umso deutlicher, dass eine interdisziplinäre und abteilungsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Gesundheitsämter maßgeblich ist, um wichtige Gesundheitsinformationen zu bündeln und effektiv an die Bevölkerung zu transportieren. Dies setzt darüber hinaus ein professionelles Schnittstellenmanagement zwischen den einzelnen Fachabteilungen und der Abteilung „Kommunale Gesundheitsförderung und Öffentlichkeitsarbeit“ voraus. Es besteht wissenschaftlicher Konsens darüber, dass Infektionskrankheiten in Form von Epidemien und Pandemien aufgrund der steigenden Mobilität und klimatischen Veränderungen auch in Zukunft eine wichtige Rolle für die Gesundheitsversorgung spielen werden. Es ist daher zwingend notwendig und richtungswesend, die personellen Kapazitäten der Abteilung „Kommunale Gesundheitsförderung und Öffentlichkeitsarbeit“ frühzeitig aufzustocken, um Informationsketten und eine angemessene Risikokommunikation sicherzustellen. Hierfür soll eine VZÄ-Stelle als Sachbearbeitung (E 11) dauerhaft geschaffen werden.

Des Weiteren hat die Corona-Pandemie gezeigt, dass in der Bevölkerung ein enormer Bedarf an Informationen zum Thema Gesundheit besteht. Um in Zukunft die Fachabteilungen telefonisch zu entlasten und eine kompetente Anlaufstelle für die Wiesbadener Bevölkerung rund um das Thema Gesundheit anbieten zu können, soll ein Gesundheitstelefon dauerhaft eingerichtet werden. Hier sollen zum einen sämtliche Fragestellungen zu Themen des Gesundheitsamtes beantwortet werden und zum anderen den Bürgern Hilfestellung rund um das Thema Gesundheit in Wiesbaden gegeben werden. Hierzu soll innerhalb der Stabstelle Gesundheitsförderung eine Arbeitsgruppe geschaffen werden, die aus einer Leitung (E 9) und drei Telefonsachbearbeiter (E 6) besteht.

## II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

## III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

## Bestätigung der Dezernent\*innen

Wiesbaden, den 15 Juni 2022



Dr. Franz  
Bürgermeister